

Redaktionen alle hier anwesenden Delegierten zu einem Male geladen, an dem auch der Ministerpräsident Dr. Brüning, der Minister des Inneren Graf Wittum u. Schöde, die übrigen räumlichen Unterhändler teilnahmen. Der Generalsekretär des Reiches leitete in einer Ansprache die Bedeutung der geleisteten hausmännlichen Arbeit und beglückwünschte die Bewohnungsmächte zu dem erzielten glücklichen Frieden, indem er hervorhob, daß mit dem räumlichen Frieden der Krieg im Osten seinen Abschluß gefunden habe. Zugleich verließ er bei der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien auf der Grundlage dieses Friedens einer glücklichen Zukunft entgegenzusehen werde, und schloß mit der Aufforderung an die Anwesenden, auf das Gelingen und Gedeihen und die Freundschaft ihrer Heimatländer zu trinken.

Die angeblichen Friedensbedingungen. Reuter meldet: Snowden trats im englischen Unterhaus, ob Balfour Aufmerksamkeit auf das Interesse mit dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten gelenkt sei, in dem Lord Cecil erklärt habe, er erwarte eine Friedensbewegung als unmittelbare Folge der Offensive an der Westfront und daß der Feind Friedensanerbietungen machen werde, die wahrscheinlich nach dessen Ansicht für die Alliierten annehmbar sein würden. Wenn irgendwelche Friedensanträge gemacht worden seien, welcher Art sie wären und welche Antwort darauf gegeben worden sei. Und sei es Tatsache, daß dies geschehen sei durch einen Vertreter aus einem neutralen Lande, der einen Versuch unverbundlicher Verhandlungen für Friedensverhandlungen unterbreitet hätte, wie sei ihre Beschaffenheit und welches sei die Antwort darauf? Balfour sagte, Lord Cecil habe eine Erklärung abgegeben, aber er, Balfour, könne dem in der Presse darüber gebrachten Bericht nicht völlig zustimmen. Kein Friedensangebot sei in der letzten Zeit gemacht worden und es sei kein Vertreter eines neutralen Landes hier gewesen, der den Versuch unverbundlicher Friedensverhandlungen gemacht habe. Auf eine weitere Frage erwiderte Balfour, er glaube, das Dageer Telegramm, das bestimmte Einzelheiten über die Vorkläge gebe, die durch eine der englischen Regierung namentlich genannte Persönlichkeit unterbreitet worden seien, sei unrichtig. — Die ganze französische Presse beschäftigt sich mit der angeblichen Friedensoffensive der Mittelmächte. Größtenteils lehnt die Presse eine solche natürlich mit der Begründung ab, daß es sich dabei nur um eine Falle handele, die Deutschland der Entente stelle, um sie zu entzweien. Nur einige unabhängige und sozialistische Blätter nehmen einen anderen Standpunkt ein. „Journal du Peuple“ meint, man müsse doch endlich einsehen, daß auch die Diplomaten im Kriege eine Rolle zu spielen haben. Der „Ceclair“ sagt: Es sei ganz falsch, wenn man sich gegen die offiziellen Unterhändler wehre. Ohne solche komme man nicht zum Frieden. Wenn man darauf warten wollte, daß Deutschland einen amtlichen Botschafter mit genauen Bedingungen schicke, könne der Krieg noch hundert Jahre dauern. Es wäre viel besser, die Aufrichtigkeit eines Angebots nicht sofort anzuzweifeln, sondern sich zunächst über einen Boden zu verständigen, auf dem eine Vorbesprechung angebahnt werden könne. Leider sei dies viel schwieriger als Krieg führen.

Die amerikanische Arbeiterdeputation, die bereit England und Frankreich bereist, um den dortigen Arbeiterführern klarzumachen, daß das amerikanische Arbeiterum unter keinen Umständen in Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden der Zentralmächte willigt, bis letztere im Felde bestigt sind, hat bei den englischen Befürwortern eines Verständigungsfriedens starke Verstimmung hervorgerufen. „Call“, das Organ der britischen Sozialistenpartei, schreibt: Die amerikanische Delegation hat trotz ihrer Versprechungen, was Amerika alles tun werde, um den Krieg fortzuführen, wenig Eindruck gemacht. Sie würde der Freiheit und dem Menschentum einen größeren Dienst erweisen, wenn sie heimkehrte und sich bemühte, die amerikanische Arbeiterbewegung zur Wiederaufrichtung der Arbeiterinternationale zu gewinnen. Wenn diese Sippchaft eine gute Stichprobe ist, bedürfen die amerikanischen Arbeiterführer bringen einiger Erfahrung darüber, was der Krieg wirklich bedeute. Wamst Oaig? Wie der Berner „Bund“ berichtet, räumt Oaig Oern und Woperingade und verliert die hintere Staffel in Sicherheit zu bringen. Bis ihm dieser Rückzug gelungen ist, müssen französische Truppen den deutschen Truppen Widerstand leisten.

Die Kämpfe in Finnland. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Das finnische Hauptquartier in Wasa meldet vom 4. Mai: Der Sieg über die Rote Garde ist nun vollständig. Frederiksband, die letzte Stellung der Revolutionäre ist genommen. Eine Reiterabteilung ist in die Stadt eingerückt, kurz darauf ein Teil eines anderen Regiments. Die Reite bestand aus 6 Geschützen, 20 Maschinengewehren, 1000 Gewehren und zwei bewaffneten russischen Schiffen. In Kotka wurden zwei Vangergänge mit einem schweren Geschütz und 12 Maschinengewehren genommen, außerdem 30 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre und 400 Gewehre. In Kotka wurden 4000, in Frederiksband 300 Gefangene gemacht.

Befragung der Entente in Nordbrunland. Das „Aftonbladet“ veröffentlicht interessante Angaben eines nicht-amerikanischen Beobachters, der kürzlich die russischen Stämme im Norden besucht hat. Er sah dort mit eigenen Augen 5 große Kriegsjahrzeuge, darunter 2 Dreadnoughts, die teils Frankreich, teils England, teils auch Italien gehören. Die in Archangelst anliegenden Ententetruppen schätzte er auf 5000 Mann. Besonders zahlreich waren Offiziere vertreten. Durch diese Meldung werden frühere Gerüchte von Vänen der Entente, sich in Nordbrunland festzusetzen, deren Richtigkeit der englische Gesandte in Stockholm durch ein offizielles Dementi bestritt, erneut bekräftigt.

Die amerikanische Flugzeugherstellung. Reuter meldet aus Washington: Das Kriegsamt fordert vom Kongress eine Milliarde Doll. zur Verwendung für die Flugzeugherstellung außer den bereits dafür aufgewandten 640 Millionen.

Ein elektrisch betriebenes englisches Schiff. Reuter meldet: In der nächsten Zeit wird ein dreifaches Schiff von 8400 Tonnen, das elektrisch betrieben wird, in Fahrt gebracht werden. Das Schiff wird 8 bis 10 v. S. mehr laden können als ein gewöhnlicher Dampfer von dieser Größe und verbraucht weniger Brennstoff.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 7. Mai.

Erste Kammer.

Am Regierungstisch Staatsminister Dr. Graf Wittum u. Schöde. Der erste Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung über Kap. 42 und 43 des ordentl. Staatshaushaltsplanes, Ministerium des Inneren, Kreis- und Amtshauptmannschaften und Zweigamt Sayda sowie Bundesamt für Grundbesitzzusammenlegungen betr. Der Berichterstatter Kammerherr Zacher v. Zahr-Dahlen beantragt, die Einkünfte in Uebereinkunft mit den Beschlüssen der 2. Kammer zu genehmigen. Graf Schöde-Glauchau sagt über die Nachtritte, die den Waldbesitzern durch Festlegung zu niedrigeren Preisen für Brennholz zugefügt würden. Oberbürgermeister Dr. Roth-Weipitz bittet die Regierung, bei der Lebensmittelversorgung diejenigen Einrichtungen, die während des Krieges getroffen worden seien und sich bewährt hätten, nicht ohne Not wieder zu ändern. Schließlich kommt wiederum auf die Leipziger Straßenbahnangelegenheit zu sprechen und bittet um Zurückziehung der seitens der Regierung der Gesellschaft erteilten Genehmigung zur Erhöhung des Tarifes. Wenn

die Regierung hier auch der Ansicht sei, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde ausschlaggebend sei, so dürfe sie doch nicht die Rechte der räumlichen Kollegien einfach ignorieren. Minister des Inneren Graf Wittum u. Schöde sagt zu, die Rechte der räumlichen Kollegien seien in der Ausführung der Oberbürgermeister Stell und Bläber in einer früheren Landtagsitzung durch die sich auf die Schmälerung der Rechte der Selbstverwaltungskörper bezogen. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung übertrage sei eine unbedingt notwendige Aufgabe gewesen. Die Städte in ihren Rechten verflümmern zu wollen läge ihm vollständig fern. Er, der Minister, habe aber nicht nur das Gedeihen der Städte, sondern den Fortschritt des ganzen Landes im Auge zu behalten. Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Schöde kommt auf die Tarifherabsetzung der Leipziger Straßenbahnangelegenheit zu sprechen und meint, es habe sich bei der Erteilung der Genehmigung um eine Maßnahme gehandelt, die im Dresden widerspruchlos hingenommen worden sei. Die Leipziger Straßenbahnangelegenheit habe damals vor einem katastrophalen Zusammenbruch gestanden. Oberbürgermeister Reil meint, unter der gegenwärtigen Leitung des Ministeriums des Inneren finde das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht die Anerkennung, die es früher genossen habe. Minister des Inneren Graf Wittum u. Schöde bekräftigt die Berechtigung dieser Meinung. Er erkenne das Recht der Selbstverwaltung umso mehr an, als es sich durchaus bewährt habe. Oberbürgermeister Bläber meint, in der ganzen Staatsverwaltung habe sich das Vertrauen eingelebt, nicht nur Rücksicht zu fassen, sondern in ganzem Umfange an der Verwaltung teilzunehmen. Das gelte nicht nur vom Ministerium des Inneren, sondern auch von anderen Ministerien. Die Regierung regiere viel zu viel, als für das Ganze gut sei. Nach einigen Erwidern des Ministers und des Oberbürgermeisters Dr. Roth-Weipitz wird das Kapitel antragsgemäß angenommen. Darauf werden teils debattiert, teils nach kurzer Aussprache entscheidend den Beschlüssen der 2. Kammer und nach der Vorlage erledigt das Kapitel 60 des ordentl. Staatshaushaltsplanes, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe im Allgemeinen betr., Tit. 1 des außerordentl. Staatshaushaltsplanes, Erbauung eines Schmelzwerks der Evangelisch-lutherischen Diakonissenanstalt zu Dresden auf dem Grundstück des Neuen Krankenhauses Jüdau betr., Kap. 56 und 58a, Weidmann- und Veterinärpolizei, Abfüllung von Apothekenverordnungen, Staatliche Schlachtkörperverwertung und staatliche freiwillige Vieherückführung betreffend, der Besondere der Personen- und Besoldungsplan der Landes-Brandversicherungsanstalt auf die Jahre 1918 und 1919 betr., Tit. 20 des außerordentl. Staatshaushaltsplanes, Erweiterung der Abfuhr- und Errichtung einer Dreh- und Schleppbahn für die Wagenabteilung in Engelsdorf bei Leipzig betr., Tit. 32 des außerordentl. Staatshaushaltsplanes für 1918/19, Erweiterung des Werksstättenbetriebes Jüdau — Ergänzungsforderung — betr., Tit. 3 des außerordentl. Staatshaushaltsplanes für 1918/19, Erbauung eines Ueberholungsplatzes und Beseitigung eines schiefen Gleises Ueberholungsplatz auf dem Bahnhof Gutenfürst betr., und Tit. 36 des außerordentl. Staatshaushaltsplanes für 1918/19, die Verteilung einer schmalfurigen Nebenbahn von Ringenberg-Colony nach Oberditzenmündorf — Ergänzungsforderung — betr. Nächste Sitzung Mittwoch vormittag 12 Uhr.

Zweite Kammer.

Am Regierungstisch Staatsminister Dr. Graf Wittum u. Schöde und Dr. Nagel. Die Kammer beschließt zunächst der Regierung betr. der mittels königlichen Dekrets Nr. 1 vom 13. November 1917 abgelegten Resolution über den Staatshaushalt auf die Jahre 1914 und 1915 Ueberlastung zu erteilen. Es folgt die Schlussberatung über den anderweitigen mündlichen Bericht der Finanzdeputation A über das Kap. Dekret Nr. 21, Feuerungsanlagen betr. Die Deputation beantragt, die Kammer wolle bei ihrem früher gefassten Beschlusse stehen bleiben und danach die Einkünfte von 7200 bis 13000 M. von der einmaligen Feuerungsanlage auszuscheiden, was die Kammer nach kurzer unerbittlicher Debatte beschließt. Weiter stehen zur Schlussberatung die Kapitel 52, 53 und 54 des ordentl. Etats betr. Landesgesundheitsamt, Untersuchungsanstalten für öffentliche Gesundheitspflege, Volkshilfen, Krankenbetten zum Erlage der Volkshilfen der normalen chirurgisch-medizinischen Akademie und über eine zu Kap. 53 eingegangene Petition. Abg. Ranzger (Chemnitz) bittet, die entlassenen Lungenerkrankten Militärpersonen nicht in die Heimat zu entlassen, sondern in Anstalten unterzubringen. Abg. Dr. Schöde (Rostk) wünscht baldigen Ausbau der Volkshilfen. Abg. Wieser (Ratib.) spricht sich für energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus. Vizepräsident Bräcker (Soz.) verlangt, daß diejenigen, die wesentlich einen Menschen spottähnlich aufzufassen, bestraft werden sollen. Kultusminister Dr. Beck verweist auf den Wert der sittlichen religiösen Erziehung der Jugend zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Nach weiterer kurzer Beratung wird das Kapitel antragsgemäß angenommen. Es folgt die Schlussberatung über Kap. 99, 100 und 101 des ordentl. Staatshaushaltsplanes für 1918/19, Lauchhummennhalten, Stützungs- und privatrechtliche Leistungen der Staatskasse für Kirchen- und Schulzwecke, sowie Allgemeine und unvorhergesehene Ausgaben im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlicher Unterrichts betreffend, sowie über eine zu Kap. 99 eingegangene Petition. Auch hier beschließt die Kammer nach kurzer Aussprache die Annahme der Kapitel nach der Vorlage. Weiter steht zur Schlussberatung des Gesetzentwurfes eines Dienstvertrages für Lehrer sowie eine hierzu eingegangene Petition und der Antrag des Abg. Wilschke und Gen., das Dienstvertragsrecht der Volkshilfen betr. Abg. Kleinhenkel (natl.) als Berichterstatter stimmt namens seiner Freunde dem Entwurf zu, da er einen kleinen Fortschritt bringe, erwartet aber, daß die Wiederholung von der Regierung angelegte Vorlage des gesamten Beamtenrechtes bald erfolgt. Nach Ausführungen der Abgeordneten Brodau (F.V.V.), Lange-Weipitz (Soz.) und Seyditz (Natl.) äußert sich Minister Dr. Beck kurz an den Ausführungen der Vorredner und bekräftigt nicht, daß bei einer Neuordnung der Angelegenheit andere Gesichtspunkte eintreten müßten. Während des Krieges sei aber eine Änderung des gesamten Beamtenrechtes ausgeschlossen. Nach kurzen Erwidern der Abg. Diestel (F.V.V.) und Brodau (F.V.V.) wird der Entwurf in Uebereinkunft mit den Beschlüssen der Ersten Kammer einstimmig angenommen. Schließlich nimmt das Haus noch den Gesetzentwurf zur Änderung der Gebührenordnung für Ortsgerichtspersonen in Schlussberatung unverändert nach der Vorlage an. Nächste Sitzung Mittwoch mittag 12 Uhr. Statkapitel.

Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Gröba

am 6. Mai 1918.

Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans und 12 Gemeinderatsmitglieder. Entschuldigt fehlten die Herren Krause, Lieberwirth, Beck und Kühn.

Vor Eingang in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende Herrn Weisler, welcher nach längerer Militärzeit entlassen, von der Front in die Heimat zurückgekehrt ist.

1. Zur Beratung kommt der Gemeindevorstandsantrag für die Gemeindefassnecht Anhangsstellen auf das Jahr 1918,

nachdem derselbe bereits in den zuständigen Ausschüssen eingehend vorbereitet worden war. Die Einstellungen in den einzelnen Fassnechtstellen in Umnahme und Ausgabe wie folgt ab: a) Gemeindefassnecht Nr. 270 893.70, b) Gemeindefassnecht Nr. 177 158.61, 2. Schulhaus Nr. 72 163.15, 3. Kirchenhaus Nr. 10 678.34, 4. Standesamt Nr. 1350.—, 5. Dechammerunter-Nachschleife Nr. 706.94, 6. Morgenrunden-Nachschleife Nr. 1600.—, 7. Post-Nachschleife Nr. 79 100.—, 8. Sozial-Nachschleife Nr. 113 300.—, 9. Gassen-Nachschleife Nr. 77 400.—, 10. Wasserver-Nachschleife Nr. 43 560.—. In den einzelnen Fassnechtstellen des Haus-Nachschleifes gibt der Vorsitzende eingehende Erläuterungen und Erklärungen. Die Gemeindefassnechte sind zu jedem mit 65 Prozent Gemeindefassnechtsteuer, 10 Prozent Grundsteuer und 5 Prozent andere Steuern. — Durch die in erhöhtem Maße sich steigenden Preise der Betriebskosten des Haus-Nachschleifes hat das Kollegium sich zu dem Beschlusse veranlaßt gesehen, den Hauspreis zu erhöhen, für Kraft- und Wasserkraft auf 26 Pf. und für Automatenkraft auf 36 Pf. pro Kubikmeter. Aus dem gleichen Grunde muß auch der Wasserpreis für Industriebetriebe und gewerbliche Zwecke von 25 auf 30 Pf. pro Kubikmeter erhöht werden. Bei größerem Verbrauch ermäßigt sich dieser auf 30 Pf. Ueber die Entwicklung der Volkshilfe berichtet eingehend Herr Gartenhäuser: Die Tagesausgabe hat sich von 79 auf 650 Portionen erhöht. Im letzten Jahre wurden insgesamt 117 500 Portionen Essen ausgegeben, die sich nach den Erfahrungen der letzten Monate im laufenden Jahre noch bedeutend erhöhen wird. Der Haushaltung wird hierauf einstimmig genehmigt.

2. Trotz größerer Bedürfnisse, gestatten es, wie der Vorsitzende berichtet, die Volkshilfe, die Gemeindefassnechte in gleicher Höhe wie im Vorjahre zu erhöhen, und zwar mit 1,50 M. auf 1.— M. Staatssteuer für die Einkommensteuer und mit 1,20 M. auf 1.— M. für 1000 M. Grund-Nachschleife für die Grundsteuer. Der Gemeinderat beschließt demgemäß.

3. Herr Gemeindevorstand Hans teilt auf eine Anfrage des Herrn Hanne mit, daß die erwartete Entschädigung zur Behebung der Wohnungsnot von der Amtshauptmannschaft noch nicht eingegangen sei. Der Fragesteller sowie Herr Schmidt befehlen die mündlichen Verhandlungen in unserem Orte und geben zur Erwägung anheim, alle Möglichkeiten einer Verwirklichung der Wohnungsnot anzustreben. Letzten Endes müßte eventuell erwogen werden, ob die leer stehenden Räume der neuen Volkshilfe etwa für Wohnungszwecke benutzt werden könnten. Da der Zustand lediglich durch den Krieg hervorgerufen worden sei, hätte der Staat die erste Verpflichtung zur Behebung der Not Sorge zu tragen. Herr Gemeindevorstand Hans sagt zu, bei der Rgl. Bezirks-Kommision dahin vorstellig zu werden, verkennt aber nicht, daß der Durchführung des Planes große Schwierigkeiten entgegen stehen. Herr Gartenhäuser bemerkt, daß in der Rücksicht auf zwei Häusern die Benutzung der Räume in den Hinterhäusern noch verboten sei. Es müßte versucht werden, diese für Wohnungszwecke frei zu bekommen. Auch die Verlängerung der Gültigkeitsdauer für Baugenehmigungen, ohne daß den Betreffenden Unkosten entstehen, müßte angestrebt werden. Es wird beschloffen, den Bau- und Wohnungsausschuß zu beauftragen, nach den erwählten Gesichtspunkten hin geeignete Schritte zur Behebung der Wohnungsnot zu unternehmen. Hierauf geheime Sitzung.



Schlacht-Pferde

kauft jederzeit Otto Wundermann,
Hofschlächter, Riesa. — Telefon 273.

Tüchtige Maurer u. Erdarbeiter

(auch Frauen) sofort gesucht. Zu melden Postler Grohmann der Firma

Umbehrl - Düsseldorf

Sanitäts-Versicherungswert Riesa, Elbe.

Zimmerleute Zementeure Maurer Bauarbeiter

Walter Riede, Beton- und Eisenbetonbau, Jüdau, Chemnitz, Weisitz, Dresden. Zu melden schriftlich oder persönlich in Chemnitz oder Jüdau.

Gutsvoigt,

in allen Arbeiten bewand., sucht für 1. od. 2. Stelle. W. Off. an W. Kerhan, Bennrich, Post Gorbly, Dresden.

Landwirtschaft

wird sofort oder später zu Kauf gesucht. (Selbstkäufer.) Angebote unter J N 509 an das Tageblatt Riesa.

2. Glubhennen mit Küden

zu verk. Glaubitz Nr. 48. Alter großer Garberoberschranz billig zu verkaufen Gröba, Schulstr. 7. Gebrauchter

Reisefloher od. -Korb

zu kaufen gesucht. Off. unt. K N 510 an das Tagl. Riesa. Eine gute haltbare

Sobelbank

wird zu kaufen gesucht. Robert Langbein.

Wachtung! Schlacht-Pferde!

sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notschlachten kann ich zur Stelle sein. Transporth. Weiterverkauf findet nicht statt. Albert Mohrhorn, Gröba. Telefon Riesa Nr. 685.

Leichte tiefe Halbblau, abnehm. Bod. Partwagen, Natur, abnehm. Bod. u. abnehm. Berdod, herrsch. Coupé, Dinter, Leder, Federstulzen, 40 Str. Tragf., 2 Paar engl. herrsch. Kamm-Rutschgeschirre, zu verkaufen. R e c h s m a r, Dresden-N., Nähungstraße 25. Eine große, gut gebaute

Kochkiste

somit zu verkaufen. Zu erfragen im Riesaer Laobli.

Gebrauchter Kinderwagen

zu verkaufen. Wo? sagt das Tageblatt Riesa.

Guterhaltener Kinderwagen

zu verkaufen bei Müller, Riederau, Langstr. Nr. 1. Ein unterhaltener

Ofen

mit Radelaufzug ist preiswert zu verkaufen. Gröba, Streblauer Str. 29.

Radbereifung

möglichst Friedensware, sowie einige gute Vordrehler sucht zu kaufen. W. Arnold, Riesa, Goethestr. 65.

10 Fuhren Dünger

zu kaufen gesucht. Angebote nimmt entgegen Otto Bernhardt, Bismarckstr. 8.

Düngerfalt

empfehlen zur Abholung durch Weisler Hermann Krug, Ralfwerf, Frau I. Sa., am Bahnhof, Fernsprecher Nr. 184.

Kieferne Stangen,

6-12 m lang.

Sichere Rollen

zu kaufen billig

Hob. Hauswald.